

Übersicht 2

Investitionen 1977 bis 1979
(Nominell und real)

		1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1979 ¹⁾
Nominell	Mill S	28 000	28 000	28 000
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+23	± 0	± 0
Real zu Preisen 1964	Mill S	16 400	15 713	15 094
Veränderung gegen das Vorjahr in %		+19	-4	-4

¹⁾ Schätzung aus Unternehmerangaben unter Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

neigung, die Kapazitätsauslastung überschritt nie 86%. Im darauffolgenden Zyklus hingegen, als sich die Investitionen verdoppelten, wurde 1969 eine Auslastung von 88% erreicht. Seit Ende 1974 liegt die Kapazitätsauslastung wieder unter der 85%-Marke. Wohl sind die Industrieinvestitionen 1976 leicht und 1977 im Zuge einer Erholung der Ertragslage (im Schnitt der Jahre 1976 und 1977) kräftig gestiegen, preisbereinigt haben sie jedoch mittelfristig einen schwach sinkenden Trend.

1978: Kürzung günstiger Investitionspläne

Im Frühjahr hatten die Investitionspläne für 1978 noch eine Steigerung der Investitionstätigkeit versprochen. Die gemeldeten Investitionsabsichten (29,4 Mrd S) hatten einen nominellen Zuwachs um 7% und preisbereinigt immerhin noch um 3% als möglich erscheinen lassen. Die jüngste Erhebung ergab jedoch die

bisher stärkste Kürzung der Pläne vom Frühjahr zum Herbst, nominell um 9% auf 26,7 Mrd S. Selbst wenn man erfahrungsgemäß annimmt, daß sich die tatsächliche Investitionssumme um etwa 5% für Investitionsprojekte erhöht, die im Befragungszeitpunkt noch nicht bekannt waren, wird damit nominell bloß das Vorjahrsniveau erreicht (28,0 Mrd S). Angesichts der Verteuerung von Investitionsgütern um 4% bedeutet dies einen realen Rückgang um 4% (auf 15,7 Mrd S zu Preisen 1964). Die Rücknahme der Investitionsvorhaben ist auf die Abschwächung der Industriekonjunktur zwischen Jahresmitte 1977 und Jahresmitte 1978 zurückzuführen. Statt wie erwartet durch eine Produktionssteigerung zu einer besseren Kapazitätsauslastung und zu höheren Erträgen zu kommen, stagnierte die Nachfrage. Bei gleichbleibender Produktion sinken aber Auslastung und Erträge. Auch die leichte Zunahme der Industrieproduktion seit etwa Frühsommer schlägt sich bisher nicht in den Produktionsplänen nieder.

Am stärksten wurden die Investitionspläne seit Frühjahr in der Stahlindustrie, bei den Bergwerken und in der Erdölindustrie gekürzt. Somit war diesmal auch die verstaatlichte Industrie und der gesamte Grundstoffsektor von Kürzungen betroffen, also jener Industriebereich, der bisher die stärkste Stütze gegen einen tieferen Investitionseinbruch bildete. Auch die Elektroindustrie verschob einen Teil ihrer für 1978 vorgesehenen Projekte auf einen späteren Zeitpunkt.

Übersicht 3

Unrevidierte Investitionspläne 1978 und 1979

	Hochgeschätzte Investitionen			
	1. Plan Herbst 1977	2. Plan Frühjahr 1978	3. Plan Herbst 1978	1. Plan Herbst 1979 ¹⁾
Industrie insgesamt	27 186	29 386	26 730	24 957
Grundstoffindustrie	7 454	6 962	6 082	5 358
Investitionsgüterindustrie	10 109	11 146	10 017	11 182
Konsumgüterindustrie	9 623	11 278	10 631	8 417
Bergwerke	690	750	625	734
Eisenerzeugende Industrie	2 477	2 686	1 969	2 884
Erdölindustrie	4 414	4 219	3 705	3 274
Stein- u. keramische Industrie	1 563	1 430	1 754	1 764
Glasindustrie	380	310	391	354
Chemische Industrie	3 627	3 656	3 129	2 832
Papierzeugung	2 269	2 917	2 767	983
Papierverarbeitung	165	236	237	298
Holzverarbeitung	546	529	472	543
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	2 332	2 595	2 626	2 087
Ledererzeugung	8	8	22	21
Lederverarbeitung	125	154	157	110
Gießereiindustrie	281	325	260	337
Metallindustrie	389	290	274	322
Maschinen- Stahl- u. Eisenbau	1 887	2 414	2 261	2 240
Fahrzeugindustrie	1 215	1 237	1 161	1 024
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1 652	1 948	1 851	1 733
Elektroindustrie	2 094	2 532	1 743	2 369
Textilindustrie	781	814	1 026	851
Bekleidungsindustrie	291	336	300	197

¹⁾ Ohne Berücksichtigung späterer Revisionen

Übersicht 4

Revision der Investitionspläne 1978

	Veränderung in % ¹⁾		
	2. Plan gegen 1. Plan	3. Plan gegen 2. Plan	3. Plan gegen 1. Plan
Industrie insgesamt	+ 8,1	- 9,0	- 1,7
Grundstoffindustrie	- 6,6	- 12,6	- 18,4
Investitionsgüterindustrie	+ 10,3	- 10,1	- 0,9
Konsumgüterindustrie	+ 17,2	- 5,7	+ 10,5
Bergwerke	+ 8,8	- 16,7	- 9,4
Eisenerzeugende Industrie	+ 8,4	- 26,7	- 20,5
Erdölindustrie	- 4,4	- 12,2	- 16,1
Stein- u. keramische Industrie	- 8,5	+ 22,6	+ 12,3
Glasindustrie	- 18,5	+ 26,1	+ 2,8
Chemische Industrie	+ 0,8	- 14,4	- 13,7
Papierzeugung	+ 28,5	- 5,2	+ 21,9
Papierverarbeitung	+ 42,9	+ 0,6	+ 43,8
Holzverarbeitung	- 3,2	- 10,8	- 13,6
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	+ 11,3	+ 1,2	+ 12,6
Ledererzeugung	+ 2,3	+ 160,2	+ 166,1
Lederverarbeitung	+ 23,6	+ 2,0	+ 26,1
Gießereiindustrie	+ 15,6	- 20,0	- 7,5
Metallindustrie	- 25,4	- 5,6	- 29,6
Maschinen-, Stahl- u. Eisenbau	+ 27,9	- 6,3	+ 19,8
Fahrzeugindustrie	+ 1,9	- 6,1	- 4,3
Eisen- u. Metallwarenindustrie	+ 17,9	- 5,0	+ 12,0
Elektroindustrie	+ 20,9	- 31,2	- 16,8
Textilindustrie	+ 4,3	+ 26,0	+ 31,4
Bekleidungsindustrie	+ 15,4	- 10,8	+ 2,8

¹⁾ Investitionen 1978: 1. Plan Herbst 1977, 2. Plan Frühjahr 1978, 3. Plan Herbst 1978

bringen. Für Westeuropa rechnen wir daher unverändert mit einer Wachstumsrate von 3½% (Bundesrepublik Deutschland +4%), für die OECD-Staaten insgesamt mit 3%. Das Volumen des Welthandels wird sich um 5½%, des Handels mit Industriewaren um rund 6% erhöhen. Die österreichischen Exportmärkte könnten gleichfalls um diesen Prozentsatz wachsen

Die wirtschaftspolitische Szenerie in Österreich

An den wirtschaftspolitischen Ausgangsdaten der Konjunkturprognose hat sich gegenüber Dezember nur wenig geändert. Die Wirtschaftspolitik hat einige Akzente verschoben. So wurde insbesondere der Geldpolitik ein expansiver Charakter gegeben. Dazu trug nicht zuletzt die günstige Zahlungsbilanzentwicklung bei. Eine Zinssenkung für Einlagen hat umfangreiche Portfolio-Umschichtungen zugunsten des Rentenmarktes nach sich gezogen. Die Verbilligung der Kreditzinsen und die Lockerung des Limes klammert Privatkredite aus, doch hat der Plafond die Kreditnachfrage schon bisher kaum beschränkt. Nach den Erfahrungen des Vorjahres ist von der Ermäßigung der Fremdkapitalkosten keine augenblickliche Belebung der Investitionen zu erwarten. Am Europäischen Währungssystem nimmt Österreich formell nicht teil, doch wird sich der Schilling an der Kursentwicklung des Währungsblocks orientieren. Nimmt man an, daß der US-Dollar in diesem Jahr fester notieren wird, so ergibt sich ein deutlich geringerer effektiver Aufwertungseffekt des Schilling (exportgewichtet unter 1% gegen 2% im Vorjahr)

Die Finanzpolitik ist angesichts der leichten Konjunkturbesserung derzeit wenig geneigt, ihren eher restriktiven Kurs aufzugeben und Teile des Konjunkturausgleichshaushalts freizugeben. Demnach ist mit einer Belebung der Baukonjunktur aus öffentlichen Aufträgen kaum zu rechnen.

Der Einkommenspolitik ist es gelungen, die Lohnforderungen deutlich zu dämpfen. Die ersten Abschlüsse für 1979 lagen weit unter der letzten Lohnrunde. Die Gehälter im Handel, in den Kreditinstituten und beim Bund wurden Anfang 1979 um 4,2% angehoben. Die jüngsten Abschlüsse im Baugewerbe lagen etwas höher (4,6% ab April), doch wurden keine Ist-Lohnklauseln vereinbart, so daß es angesichts der schwachen Baukonjunktur vermutlich zu einer negativen Lohndrift kommen wird. In der Industrie gelten die meisten Kollektivverträge noch bis in den Sommer. Da die länger zurückliegenden Abschlüsse noch etwas höher waren, werden die Effektivverdienste in der Industrie voraussichtlich um 5% steigen. Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich daraus eine Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen um gut 4½%. Die Masseneinkommen werden um mehr als 6% steigen, der Anpassungsfaktor für Pensionen beträgt 6,5%.

Anhaltende Exportnachfrage, langsame Erholung der Inlandsnachfrage

Die internationale Entwicklung läßt eine etwas raschere Expansion der österreichischen Exportmärkte (real +6%) als 1978 erwarten. Österreich konnte in den letzten Jahren trotz einer Verschlechterung der relativen Kostenposition hohe Marktanteilsgewinne erzielen. Die Integrationseffekte dürften jedoch noch nicht voll ausgeschöpft sein. Im laufenden Jahr stehen außerdem die Chancen für eine Verbesserung der Arbeitskostenposition günstig. Die Lohnstückkosten der Industrie dürften nur um 1% gegenüber 5% bis 6% im Durchschnitt der Handelspartner steigen. In einheitlicher Währung ergibt sich daraus ein Kostenvorsprung von 3% bis 4%. In dieser Situation erscheint es gerechtfertigt, weitere Marktanteilsgewinne, zumindest in den EG-Ländern, anzunehmen. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß auf Grund der jüngsten Ereignisse Exporte in den Iran stark behindert sein werden. Dieses Land nahm 1978 1% der österreichischen Ausfuhr auf. Insgesamt kann ein Wachstum der Warenausfuhr von real 8½% (Vorjahr 9,1%) und, bei leicht steigenden Exportpreisen, von nominell 11½% (Vorjahr 9,1%) erwartet werden.

Der private Konsum hat sich bis zuletzt kaum belebt. Ende 1978 spielten dabei statistische Sondereinflüsse eine gewisse Rolle. Immerhin ist aber bereits

Entwicklung der Nachfrage

	1977	1978	1979	1978	1979
	Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<i>Nominell</i>					
Privater Konsum	455.1	461.8	494.1	1.5	7
Öffentlicher Konsum	137.5	150.0	159.0	9.1	6
Brutto-Anlageinvestitionen	215.6	221.3	236.8	2.7	7
Lagerbewegung und statistische Differenz	16.9	18.4	21.8		
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	825.1	851.5	911.7	3.2	7
Plus Exporte i. w. S.	273.9	293.4	323.2	7.1	10
Warenverkehr ¹⁾	161.7	176.5	196.8	9.1	11½
Reiseverkehr	60.1	67.4	75.5	12.2	12
Minus Importe i. w. S.	306.5	301.9	336.4	-1.5	11½
Warenverkehr ¹⁾	234.8	231.8	259.7	-1.3	12
Reiseverkehr	33.7	33.6	38.3	-0.3	14
Brutto-Inlandsprodukt	792.5	843.0	898.0	6.4	6½
<i>Real (zu Preisen von 1964)</i>					
Privater Konsum	237.6	229.6	237.6	-3.4	3½
Öffentlicher Konsum	47.6	49.0	50.2	3.0	2½
Brutto-Anlageinvestitionen	115.0	111.4	114.9	-3.2	3
Bauten	62.2	63.6	64.2	2.2	1
Ausrüstungen	52.8	47.8	50.7	-9.5	6
Lagerbewegung und statistische Differenz	14.5	16.8	19.5		
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	414.7	406.8	422.2	-1.9	3½
Plus Exporte i. w. S.	167.1	176.6	188.7	5.7	7
Warenverkehr ¹⁾	105.0	114.6	124.6	9.1	8½
Reiseverkehr	28.3	30.7	33.3	8.5	8½
Minus Importe i. w. S.	179.3	175.0	188.2	-2.4	7½
Warenverkehr ¹⁾	141.3	139.6	151.5	-1.2	8½
Reiseverkehr	19.8	18.5	20.0	-6.6	8½
Brutto-Inlandsprodukt	402.5	408.4	422.7	1.5	3½

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

reinen Vorzieheffekte etwa 7 Mrd. S erreicht haben. Im abgelaufenen Jahr ist aber eine zusätzliche Nachfrageverlangsamung eingetreten. Das geht weniger auf die Entwicklung der Realeinkommen zurück — deren Zunahme war 1978 bei sinkenden Nominalzuwächsen, gleichzeitig aber geringerer Inflation, annähernd gleich groß wie 1977 —, als vielmehr auf eine Verschlechterung der Liquiditätslage der Haushalte. Sie waren 1977 in besonders hohem Maß in den Genuß von begünstigten Sparguthaben gekommen, die sie schon vor der Ankündigung der Steuererhöhungen für den Kauf von dauerhaften Konsumgütern nützten. Dadurch trat 1978 einerseits eine Sättigung an einzelnen Konsumgütern ein, andererseits bestand eine Tendenz zur Wiederauffüllung der Sparkonten. Verstärkt wurde die Konsumzurückhaltung zweifellos durch den erschwerten und verknappten Zugang zu Privatkrediten. Hier haben weniger der Kreditplafond selbst — dieser wurde im Durchschnitt des Jahres 1978 nicht voll ausgeschöpft —, als vielmehr die Einschränkung der Werbung für Konsumentenkredite und das hohe Zinsniveau prohibitiv gewirkt¹⁾.

In ähnlichem Ausmaß wie der private Konsum gingen 1978 die Investitionen zurück (real $-3,2\%$). Auch die Investoren zogen Anschaffungen ins Jahr 1977 vor, weil sie der Verschärfung der Abschreibungsbestimmungen, die 1978 wirksam wurde, zuvorkommen wollten. Das Ausmaß dieser Vorziehkäufe kann bei den Investitionen auf rund 4 Mrd. S geschätzt werden (2% der Investitionen). Andererseits hatte sich die Investitionstätigkeit schon unmittelbar nach der Rezession angesichts der weiterhin relativ schwachen Kapazitätsauslastung und Ertragslage beachtlich erholt, und steuerliche Anreize vermochten die Investitionstätigkeit auch 1977 zu stützen. 1978 wurden zwar die Kreditmöglichkeiten verbessert und das Zinsniveau gesenkt, andererseits wurden aber auch einige bisher gebräuchliche steuerliche Begünstigungen verringert, und überdies trat eine Verschlechterung der Kapazitätsauslastung und der Ertragslage ein. Dies bewirkte bei vielen vorwiegend für den Inlandsbedarf produzierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie Bauunternehmungen eine Senkung des Cashflow und führte auch zu Einschränkungen der ursprünglichen Investitionspläne²⁾. Darüber hinaus wirkten sich die Bestrebungen, die öffentlichen Haushalte wieder besser ins Gleichgewicht zu bringen, besonders in einer Wachstumsverlangsamung der öffentlichen Investitionen aus.

¹⁾ Rein statistisch könnte auch noch die Verbuchung der Devisenkäufe und -verkäufe der Inländer unter "Reiseverkehr" und damit im privaten Konsum eine gleichgerichtete Wirkung gehabt haben, selbst wenn diese Transaktionen spekulative Motive hatten.

²⁾ Siehe dazu "Ergebnisse des Investitionstests vom Herbst 1978". Monatsberichte 1/1979 S. 34/46.

Der Rückgang der inländischen Nachfrage verringerte nicht nur die Waren- und Dienstleistungseinfuhr (real $-2,4\%$), sondern verursachte auch bei den für den Inlandsmarkt produzierenden Wirtschaftszweigen einen empfindlichen Nachfrageausfall. Die Inlandsproduktion für den Inlandsmarkt (BIP minus Exporte) nahm nahezu gleich stark ab (real $-1,5\%$) wie die Importe. Darin kommt nicht nur der Rückgang der mit den Importen verbundenen inländischen Wertschöpfung (besonders des Handels), sondern auch die Budgetbeschränkung der Konsumenten und Investoren zum Ausdruck, die nicht ohne weiteres zu einer Nachfrageverlagerung zugunsten der Inlandsproduktion geführt hat.

Kapazitätsauslastung, Produktivität und Arbeitsmarkt

Verlässliche Anhaltspunkte über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung sind spätestens seit der Rezession 1975 noch schwieriger zu gewinnen, als dies schon vorher der Fall war. Dies gilt nicht nur für Österreich, sondern für alle Länder in vergleichbarer Situation. Neben der technischen Abschreibung von Anlagen wäre auch die wirtschaftliche Veralterung infolge der Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen zu berücksichtigen³⁾. Außer der registrierten Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern die versteckte Arbeitslosigkeit gewachsen, und die Rückkehr der Gastarbeiter hat in ihren Herkunftsländern den Arbeitskräfteüberschuß vergrößert.

Zweifellos ist jedoch das Kapazitätswachstum dem verringerten Wirtschaftswachstum angepaßt worden. Ein Nachfragewachstum von nur $1\frac{1}{2}\%$ läßt nun die Überkapazitäten nicht mehr um 4% steigen, wie dies früher der Fall gewesen wäre. Auch die Industrieproduktion ist in Österreich im abgelaufenen Jahr nur um rund $1\frac{1}{2}\%$ gewachsen. Dennoch meldeten die Industrieunternehmungen im Herbst nur einen geringfügigen Rückgang der Kapazitätsausnutzung. Im vierteljährlichen Konjunkturtest der Industrie schätzen die Unternehmer die Kapazitätsauslastung im Jahresdurchschnitt bereits besser ein als 1977, was vor allem auf die rasch wachsenden Auslandsaufträge im Herbst 1978 zurückzuführen ist. Überdies dürfte eine gewisse Gewöhnung an die objektiv schwache Nachfrage eingetreten sein.

Legt man den Wachstumstrend des Brutto-Inlandsprodukts von 1966 bis 1977 zugrunde, so war die Auslastung der Gesamtwirtschaft im Jahre 1978 um rund 6% , die der Industrie um 9% geringer als normal und damit ähnlich niedrig wie in der Rezession 1975. Diese Schätzung berücksichtigt zwar auch das niedrigere Wachstum der Jahre 1974 bis 1977, doch könnte

³⁾ Einen Versuch, deren Auswirkungen zu messen, bietet F. Breuss: Energienachfrage und Potential Output in Gesamtwirtschaft und Industrie. Empirica 2/1978.

in der seit 1976 verfolgten Politik der Zahlungsbilanzkonsolidierung, um die entstandenen Versorgungslücken im Produktions-, Verbrauchs- und Investitionsbereich durch verstärkte Importe von Getreide, Rohstoffen und Investitionsgütern aus den westlichen Industrieländern zu schließen. Nur Polen setzte die scharf restriktive Importpolitik des Vorjahres fort.

Die sowjetischen und osteuropäischen Importe aus dem Westen verzeichneten 1978 den gleichen Zuwachs von 10,6%, während sie 1977 insgesamt um 2% zurückgingen. Demgegenüber stiegen die Exporte Osteuropas (RGW ohne UdSSR) nach dem Westen um 8,9% (Vorjahr +4,3%). Da aber die sowjetischen Exporte rückläufig waren (-1,3%), konnten die Exporte der gesamten RGW-Region nach dem Westen lediglich um 4,1% (Vorjahr +8,1%) gesteigert werden.

Nach vorläufigen Einschätzungen, denen Außenhandelsstatistiken der RGW-Länder zugrunde liegen, dürfte das gesamte Handelsdefizit Osteuropas aus dem Westhandel im Jahre 1978 etwa 6,9 Mrd. \$ betragen und damit um 0,8 Mrd. \$ höher liegen als 1977. Der sowjetische Importüberschuß dürfte mit 3,3 Mrd. \$ das Vorjahrsniveau von 1,5 Mrd. \$ stark übertreffen. Zusammen ist daher das RGW-Handelsdefizit 1978 von 7,6 Mrd. \$ auf fast 10,2 Mrd. \$ gestiegen. Die

Gesamtverschuldung der RGW-Länder gegenüber dem Westen dürfte Ende 1978 bei 58 Mrd. \$ liegen. Davon entfallen auf Osteuropa rund 40 Mrd. \$ und auf die Sowjetunion beinahe 18 Mrd. \$.

Vollständige Angaben über den Intra-RGW-Handel liegen zur Zeit nicht vor. Jedenfalls hat er sich dynamischer entwickelt als der Ost-West-Handel. Der Warenaustausch zwischen den sechs osteuropäischen Ländern und der UdSSR (rund 40% des Intra-RGW-Handels) hat um über 15% zugenommen, dabei wuchsen die sowjetischen Importe aus Osteuropa um 21% und die Exporte nach Osteuropa nur um 11%. Das Handelsdefizit der osteuropäischen Länder gegenüber der UdSSR, das infolge der schrittweisen Anpassung der sowjetischen Rohstoff- und Brennstoffpreise an die Weltmarktpreise 1975 bis 1977 stets zugenommen hat, verringerte sich 1978 von beinahe 1,9 Mrd. \$ im Vorjahr auf 244 Mill. \$. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als sich die Austauschbedingungen auch 1978 weiter zu Ungunsten der osteuropäischen Länder und zu Gunsten der UdSSR entwickelt haben. Es ist daher anzunehmen, daß die UdSSR die Periode der Anpassung an die erhöhten Brennstoffpreise als beendet betrachtet und nun auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz besteht. Auch die bereits früher eingegangenen Verpflichtungen zu ge-

Übersicht 3

Außenhandel der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾
		Mill. US-\$								
Bulgarien	E	285,1	300,7	343,0	440,6	448,2	434,5	562,3	608,0	676,7
	I	349,9	357,1	384,3	517,7	973,9	1.278,4	1.037,5	996,0	1.277,9
	S	- 64,8	- 56,4	- 41,3	- 77,1	- 525,7	- 843,9	- 475,2	- 388,0	- 601,2
ČSSR	E	771,5	846,4	962,0	1.321,1	1.691,8	1.656,4	1.647,1	1.899,6	2.040,2
	I	904,7	992,5	1.084,0	1.556,9	2.085,7	1.136,3	2.420,3	2.633,8	2.857,7
	S	- 133,2	- 146,1	- 122,0	- 235,8	- 393,9	- 850,5	- 773,2	- 734,2	- 817,5
DDR	E	1.002,8	1.070,3	1.295,6	1.725,9	2.393,1	2.259,6	2.760,7	2.477,1	2.625,7
	I	1.296,2	1.374,4	1.817,8	2.556,9	3.293,8	3.274,1	4.196,3	3.784,1	4.162,5
	S	- 293,4	- 304,1	- 522,2	- 831,0	- 900,7	- 1.014,5	- 1.435,6	- 1.307,0	- 1.536,8
Polen	E	1.006,9	1.155,5	- 1.498,6	2.186,0	3.013,9	3.241,0	3.525,0	3.834,1	4.198,3
	I	930,3	1.101,9	1.815,1	3.471,1	5.322,1	6.182,3	6.781,1	6.330,0	6.235,1
	S	+ 76,6	+ 53,6	- 316,5	- 1.285,1	- 2.308,2	- 2.941,3	- 3.256,1	- 2.495,9	- 2.036,8
Rumänien	E	590,4	716,4	888,9	1.435,0	2.052,1	1.853,5	2.129,8	2.127,3	2.512,3
	I	774,3	832,7	1.069,9	1.553,6	2.499,8	2.318,5	2.206,6	2.575,6	3.278,7
	S	- 183,9	- 116,3	- 181,0	- 118,6	- 447,7	- 464,8	- 76,8	- 448,3	- 766,4
Ungarn	E	629,8	617,3	824,0	1.193,5	1.363,0	1.327,3	1.551,2	1.711,3	1.845,9
	I	678,6	836,3	890,5	1.193,3	1.965,7	1.965,0	2.023,9	2.439,5	2.980,7
	S	- 48,8	- 219,0	- 66,5	+ 0,2	- 602,7	- 637,7	- 472,7	- 728,2	- 1.134,8
Osteuropa (ohne UdSSR)	E	4.286,5	4.706,6	5.812,1	8.302,1	10.962,1	10.772,2	12.176,1	12.657,4	13.899,1
	I	4.934,0	5.494,9	7.061,9	10.849,5	16.141,0	17.254,9	18.665,7	18.759,0	20.792,6
	S	- 647,5	- 788,3	- 1.249,5	- 2.547,4	- 5.178,9	- 6.482,7	- 6.489,6	- 6.101,6	- 6.893,5
UdSSR	E	2.393,4	2.758,1	2.944,4	5.093,2	8.269,4	8.511,1	10.391,5	11.958,0	12.535,1
	I	2.822,3	2.889,9	4.150,4	6.232,9	8.116,1	13.451,7	14.356,6	13.459,3	15.820,9
	S	- 428,9	- 131,8	- 1.206,0	- 1.139,7	+ 153,3	- 4.940,6	- 3.965,1	- 1.501,3	3.285,8
RGW insgesamt	E	6.679,9	7.464,7	8.756,5	13.395,3	19.231,5	19.283,3	22.567,6	24.615,4	26.434,2
	I	7.756,3	8.384,8	11.212,0	17.802,4	24.257,1	30.706,6	33.022,3	32.218,3	36.613,5
	S	-1.076,4	- 920,1	- 2.455,5	- 3.687,1	- 5.025,6	-11.423,3	-10.454,7	- 7.602,9	-10.179,3

E = Exporte, I = Importe, S = Saldo.

¹⁾ Teilweise geschätzt auf Grund unvollständiger Daten.

Übersicht 3

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1974	+ 65,9	+ 11,1	+ 13,1	+ 19,2	+ 16,3	12	7,1	7,8	8,5	24,5
1975	+ 15,9	+ 25,1	+ 14,7	+ 38,6	+ 26,0	1,1	7,6	7,6	10,0	26,2
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,7	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	9,8	25,6
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,4	+ 12,8	1,3	7,8	7,7	10,3	27,1
1978 ¹⁾	+ 32,9	+ 60,5 ²⁾	+ 11,0	- 20,9	+ 14,1 ²⁾	1,6	11,0 ²⁾	7,6	7,2	27,3 ²⁾

Q: Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg — ²⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahrswerten nicht vergleichbar

chen Einkommen (Bruttowerte) laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung erhöhte sich deutlich: er betrug 1978 21,6%. Über ein Fünftel der gesamten Bruttoeinkommen entfiel somit auf "Sozialeinkommen" wie Pensionen, Renten, Beihilfen und sonstige Unterstützungen in bar.

Wie schon im Vorjahr stiegen die Sozialausgaben des Bundes (+ 14,1%) stärker als jene der Sozialversicherung (+ 10,3%), jedoch ist die Steigerungsrate der Bundesausgaben durch die diskretionären Änderungen im Familienlastenausgleich und in der Pensionsversicherung verzerrt. Durch die Umstellung von Steuerabsetzbeträgen auf Transfers ergab sich eine Ausgabensteigerung für Familienbeihilfen um 60%; ohne diesen Sondereffekt wären die Ausgaben des Familienlastenausgleichs um etwa 18% gestiegen. Hiefür waren höhere Aufwendungen für Schülerfreifahrten und gestiegene Beiträge zum Karenzurlaubsgeld maßgebend. In der Pensionsversicherung bewirkte das zu Jahresanfang in Kraft getretene Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 einen absoluten Rückgang des Bundesbeitrags um etwa 20%. Die Erhöhung der Beitragssätze für die Versicherten vergrößerte die Eigenmittelbasis der Versicherungsträger und reduzierte den Bedarf an Bundesmitteln zur Deckung von Gebarungsabgängen. Am stärksten fiel der geringere Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter ins Gewicht (-4,6 Mrd. S bzw. -39% gegenüber 1977); hiezu trugen — wie

schon in den beiden Vorjahren — auch die Überweisungen von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (gemäß Art. VIII der 32. ASVG-Novelle) bei. Die hohe Ausgabensteigerung der Arbeitslosenversicherung (+ 32,9% gegenüber 1977 laut vorläufigem Gebarungserfolg) war in erster Linie durch eine erstmalige Überweisung in der Höhe von 354 Mill. S an den neugeschaffenen Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger bedingt. Auch die Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe erhöhten sich stark, was zum Teil auf die höhere Arbeitslosigkeit, zum Teil auf Leistungsverbesserungen zurückzuführen war.

Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen um 10,3%, etwa ebenso stark wie 1977. Die höchste Steigerungsrate verzeichnete wiederum die Pensionsversicherung der Selbständigen, da insbesondere bei den Bauern institutionelle Leistungsverbesserungen aus früheren Jahren noch nachwirkten. Auch die Ausgaben der Krankenversicherung wuchsen überdurchschnittlich (+ 12,1%). Gegenüber dem Vorjahr beschleunigte sich das Ausgabenwachstum 1978 nur in der Krankenversicherung, während es sich in der Unfall- und der Pensionsversicherung verringerte. Zwar lag der Pensionsanpassungsfaktor mit 6,9% nur knapp unter dem Vorjahrswert, doch verringerte sich die Zahl der Pensionsneuzugänge weiterhin, nicht zuletzt auf Grund der demographischen Entwicklung.

Übersicht 4

Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der Selbständigen				Gesamtausgaben der Sozialversicherung ¹⁾	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1972	14 702	+ 11,5	2 434	+ 9,3	33 979	+ 11,4	5 491	+ 25,1	53 990	+ 12,6
1973	16 487	+ 12,1	2 831	+ 16,3	37 679	+ 10,9	6 340	+ 15,5	60 525	+ 12,1
1974	20 355	+ 23,5	3 285	+ 16,0	43 875	+ 16,4	7 791	+ 22,9	71 912	+ 18,8
1975	23 392	+ 14,9	3 824	+ 16,4	51 022	+ 16,3	9 227	+ 18,4	83 535	+ 16,2
1976	27 028	+ 15,5	4 122	+ 7,8	58 275	+ 14,2	10 717	+ 16,1	95 584	+ 14,4
1977	29 613	+ 9,6	4 548	+ 10,3	63 678	+ 9,3	12 609	+ 17,7	105 230	+ 10,1
1978 ²⁾	33 209	+ 12,1	4 985	+ 9,6	69 369	+ 8,9	14 245	+ 13,0	116 072	+ 10,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern — ²⁾ Vorläufige Zahlen

Übersicht 2

Abbildung 1

Industrieproduktion

	Ge- wicht ¹⁾	1975	1976	1977	1978	1979
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
USA	34,9	- 8,9	10,2	5,6	5,9	4,0
Japan	15,5	-10,5	11,0	4,1	6,2	5,5
BRD	13,5	- 5,7	7,1	3,0	2,5	4,5
Frankreich	7,9	- 8,7	9,7	1,7	1,9	4,0
Großbritannien	5,6	- 4,8	2,8	4,6	2,8	2,0
Kanada	3,7	- 5,4	5,1	4,0	5,3	6,0
Italien	4,9	- 8,8	12,2	~ 0,6	2,0	4,0
Große Industrieländer	86,0	- 8,2	9,2	4,1	4,6	4,0
Spanien	2,8	- 6,8	6,5	12,2	5,0 ²⁾	5,0
Niederlande	1,8	- 5,0	6,3	0,4	1,3	3,5
Schweden	1,6	- 1,5	- 2,2	- 3,7	- 0,8	5,0
Belgien	1,6	- 9,6	8,9	~ 0,4	2,3	4,5
Schweiz	1,0	-12,7	0,5	5,5	0,9	1,0
Österreich	1,0	- 6,2	6,0	4,2	2,1	4,0
Norwegen	0,6	6,5	6,2	~ 0,6	10,0	4,0
Finnland	0,7	- 4,1	2,2	1,2	2,7	4,5
Griechenland	0,4	4,3	10,5	2,0	7,5	4,0
Irland	0,2	- 6,6	9,3	8,3	9,8 ²⁾	6,0
Kleine Industrieländer	11,7	- 5,4	5,0	3,5	3,0	4,0
OECD-Länder insgesamt	100,0	- 7,8	8,6	4,0	4,3	4,0
OECD-Europa	44,1	- 6,1	6,9	2,6	2,4	4,0
EG	35,6	- 6,6	7,3	2,2	2,3	4,0

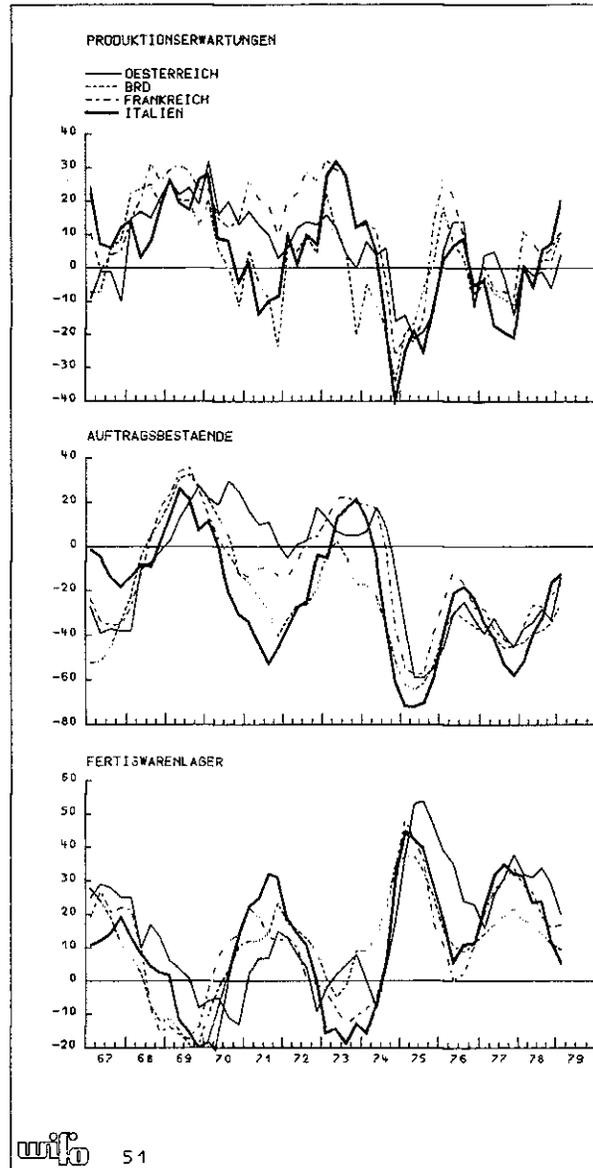
Q: OECD EG, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ In Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — ²⁾ Vorläufig

politik gibt es Anzeichen, daß sie (besonders die Geldpolitik) restriktiver wird.

In den USA scheint nur eine deutliche Bremsung der Inlandsnachfrage die Inflationsbeschleunigung stoppen zu können. Die Konjunkturlage wird 1979 entscheidend davon abhängen, welche Reaktionen die Verschlechterung der Terms of Trade auf Grund der Rohwaren- und Erdölpreishausse auslösen wird. Die OECD hat darüber Simulationen mit ihrem INTERLINK-Modell angestellt. Unter der Annahme einer 10%igen Ölverteuerung am 1. Jänner 1979 kommt es zunächst zu einem etwa 1%igen Preisanstieg der Importe für die gesamte OECD. Dies führt zu einem Anstieg des Deflators der gesamten Inlandsnachfrage von 0,2 Prozentpunkten. Wenn die Löhne nicht entsprechend korrigiert werden, führt dies zu einem Realeinkommensverlust von etwa 1/2 Prozentpunkt. Das reale BNP würde um etwa -0,2 Prozentpunkte sinken.

Wird jedoch unterstellt, daß auch andere Preise wegen der Ölverteuerung steigen und daß sich die Löhne anpassen, so wäre der Preiseffekt viel stärker (Deflator der gesamten Inlandsnachfrage +1 Prozentpunkt). Diese Berechnungen beinhalten noch keine Reaktionen der Wirtschaftspolitik. Eine expansive Fiskalpolitik könnte unter Umständen Wachstumseinbußen mildern, das Inflationsproblem jedoch noch verschärfen. Zieht man in Betracht, daß der Erdölpreis im Jahresdurchschnitt möglicherweise um 20% über jenen des Vorjahres zu stehen kommt, dürften die genannten Effekte noch stärker ausfallen.

Konjunkturtest der Industrie¹⁾



Q: EG-Kommission: Schaubilder und Kurzkommentare zur Konjunktur in der Gemeinschaft; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. — ¹⁾ Salden zwischen den optimistischen (+) und pessimistischen (-) Unternehmerantworten

Grundsätzlich stimmen diese Ergebnisse mit jenen überein, die im Gefolge der ersten Ölkrise 1973/74 auftraten²⁾. Damals stiegen die Ölpreise plötzlich um das Zehnfache des für 1979 zu erwartenden Anstiegs. Der reale BNP-Verlust wurde damals für die USA, Japan und Europa in der Größenordnung von 2 bis 4 Prozentpunkten errechnet.

Die Unsicherheit über den künftigen Ölpreis rührt davon her, daß die Angebotsverknappung anhalten könnte. Ohne vorsorgliche Sparmassnahmen könnte eine Angebotslücke von 2 Mill. barrels pro Tag die Öl-

²⁾ E.R.Fried — Ch.L.Schultze (Eds): Higher Oil Prices and the World Economy (The Adjustment Problem) Brookings Institution, 1975.

Fall würde sich die mögliche Beeinträchtigung des Wachstums der ölimportierenden Länder auf den Kaufkrafttransfer in die OPEC-Länder und die Frage des Recycling dieser Kaufkraft reduzieren: Es scheint sich abzuzeichnen, daß mittelfristig in den Industrieländern ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum von 3% bis 3½% anvisiert werden sollte, weil dieses einerseits ausreichen könnte, die Arbeitslosigkeit zumindest nicht weiter wachsen zu lassen, andererseits ein solches Wachstum die notwendigen Anpassungen der Industrie- und Verbrauchsstruktur an die steigenden Energiepreise eher fördern würde als der Wechsel von Aufschwung und Rezession.

Die OECD kommt in ihrem jüngsten Ausblick²⁾ auf die Entwicklung bis Mitte 1980 zum Ergebnis, daß sich das Wirtschaftswachstum im gesamten OECD-Raum im Jahresdurchschnitt 1979 gegenüber 1978 leicht — von 3,7% auf 3,4% — verlangsamen wird. In den europäischen OECD-Ländern wird hingegen eine mäßige Beschleunigung — von 2,9% auf 3,3% — erwartet. Für die erste Hälfte des kommenden Jahres wird in Europa eine leichte Wachstumsdämpfung vorhergesagt. Im laufenden Jahr würde sich nach der OECD-Prognose das Wachstum in Westeuropa von der ersten zur zweiten Jahreshälfte deutlich beschleunigen. Der Zuwachs des ersten Halbjahres gegenüber dem 2. Halbjahr 1978 wird mit 2,8% (auf Jahresbasis), der der zweiten Hälfte 1979 gegenüber der ersten mit 3,8% angegeben. Entsprechend müßte sich im Jahresverlauf auch der Importbedarf der europäischen OECD-Länder weiter beleben. Gewogen mit österreichischen Exportgewichten ergibt sich für Österreich ein Marktwachstum von knapp 5% in der ersten Jahreshälfte und von knapp 7½% in der zweiten Hälfte 1979. Die Nachfrage nach österreichischen Waren von Seiten der Nicht-OECD-Staaten ist viel vorsichtiger einzuschätzen. Wir gehen von einer realen Stagnation der Ausfuhr in diesen Bereich aus. Die all jüngste Entwicklung in Deutschland — unter anderem auch sprunghafte Korrekturen der Produktions- und der Auftragsstatistik nach oben — läßt erwarten, daß die OECD-Prognose zumindest für dieses Land zu vorsichtig ist. Die OECD rechnet für die Bundesrepublik Deutschland mit einem Jahreswachstum von 3,8%, die meisten deutschen Prognosen vom Frühjahr von 4%. Tatsächlich wird man davon ausgehen können, daß auch dieser Wert übertroffen wird.

Entwicklung der ausländischen Nachfrage

Gestützt auf die internationalen Prognosen und die Auftragsentwicklung in der heimischen Exportwirtschaft kann man annehmen, daß die gute Exportkon-

junktur zumindest noch einige Monate anhalten wird. Die Bestände an Auslandsaufträgen und die Einschätzung der Auftragslage durch die Unternehmungen haben sich seit dem Winter sprunghaft gebessert. Die aus älteren Kontrakten erzielten Exportpreise waren in den ersten vier Monaten nicht viel höher als vor einem Jahr, doch lassen die Abschlüsse der jüngsten Zeit erwarten, daß sich das Exportpreinsniveau schon in Kürze deutlich heben wird.

Die Belebung der ausländischen Nachfrage ist bisher in erster Linie den Vorprodukt- und Halbwarenindustrien zugute gekommen. In den EG-Ländern, vor allem in Deutschland, verlagert sie sich jedoch zunehmend zu den fertigen Investitionsgütern. Österreich konnte in der letzten Zeit abermals beträchtliche Marktanteilsgewinne erzielen. Dies ist einerseits mit Integrationseffekten zu erklären, andererseits mit einer Preisentwicklung, die die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte deutlich gestärkt hat, und nicht zuletzt mit den vorhandenen Produktionskapazitäten für Vorprodukte, die in der Frühphase des Aufschwungs besonders gefragt sind. Nach den internationalen Prognosen müßte sich das Marktwachstum noch beschleunigen. Wir nehmen nicht an, daß dabei ähnlich große Marktanteilsgewinne erzielt werden können. Die bisherige Prognose der Exportentwicklung (+8½% real) wird daher, verhältnismäßig vorsichtig, nur auf +10% angehoben. Die Exportpreise werden in diesem Jahr vermutlich um rund 3% steigen. Dabei ist zu bedenken, daß sie in den ersten vier Monaten nur um 1,3% höher als im Vorjahr lagen.

Einkommensentwicklung und inländische Nachfrage

In der Aufschwungphase der österreichischen Konjunktur eilen die Exporte der Belebung der Inlandsnachfrage voraus. Diesmal ist zwar nach dem außergewöhnlich niedrigen Niveau des privaten Konsums und der Investitionen im Vorjahr mit respektablen Vorjahrsabständen zu rechnen, die echte Belebung der Inlandsnachfrage dürfte jedoch heuer noch zögernd verlaufen.

Die regere Nachfrage nach Konsumgütern in den ersten Monaten 1979 war — neben möglichen statistischen Verzerrungen³⁾ — einer besseren Realeinkommensentwicklung als erwartet zu danken, daneben aber auch einer deutlichen Tendenz zum Abbau der im Vorjahr angesammelten Ersparnisse. Die Besserung der Industriekonjunktur hat bereits eine Vermehrung der bezahlten Arbeiterstunden und höhere Sonderzahlungen nach sich gezogen. Außerdem war die Lohndrift in manchen Sektoren — besonders im öf-

²⁾ OECD Economic Outlook No 25, Paris 1979

³⁾ Siehe "Handel und Verbrauch" S. 308 ff

Übersicht 3

Die industrielle Investitionstätigkeit im längerfristigen Vergleich

	Industrieinvestitionen ¹⁾		real		des Basissektors	Anteil ²⁾ der techni- schen Verarbeit- ungspro- dukte an den industriellen Investitionen	der sonsti- gen Sekto- ren	Investitionen in % des Um- satzes	Industrieinvestitionen in % der gesamt- wirtschaft- lichen Inve- stitionen ¹⁾	Kapazitäts- effekt der Investitionen
	nominell									
	Mill S	%	Mill S	%						
1955	4 200	+23.2	5 179	+22.7	44.6	19.8	35.6	6.1	17.5	
1956	5 400	+28.6	6 452	+24.6	48.2	20.7	31.1	7.2	20.9	
1957	6 480	+20.0	7 579	+17.5	46.8	20.4	32.8	8.0	21.8	
1958	6 840	+5.6	7 880	+4.0	48.3	21.1	30.6	8.3	22.1	
1959	7 180	+5.0	8 225	+4.4	51.9	21.4	26.7	8.2	20.9	
1960	8 670	+20.8	9 720	+18.2	50.4	21.1	28.5	8.7	21.3	
1961	9 990	+15.2	10 882	+12.0	44.5	22.1	33.4	9.3	21.1	
1962	9 590	-4.0	10 224	-6.0	39.7	22.6	37.7	8.9	19.3	
1963	9 430	-1.7	9 682	-5.3	39.0	21.7	39.3	7.9	17.5	3.6
1964	9 590	+1.7	9 590	-1.0	37.2	22.2	40.6	7.4	16.0	5.4
1965	10 575	+10.3	10 307	+7.5	36.6	22.9	40.5	7.7	15.7	4.5
1966	10 993	+4.0	10 450	+1.4	37.7	24.7	37.6	7.5	14.7	4.4
1967	10 684	-2.8	9 948	-4.8	38.2	22.9	38.9	7.0	14.1	2.7
1968	10 457	-2.1	9 691	-2.6	40.3	19.9	39.8	6.5	13.3	4.0
1969	12 003	+14.8	10 679	+10.2	42.7	21.3	36.0	6.6	14.3	5.7
1970	16 055	+33.8	13 537	+26.8	40.9	25.3	33.8	7.7	16.5	9.2
1971	21 185	+32.0	16 747	+23.7	41.3	24.7	34.0	8.9	18.1	6.5
1972	24 216	+14.3	18 018	+7.6	42.9	23.3	33.8	9.1	16.7	7.9
1973	22 409	-7.5	16 925	-6.1	45.4	23.1	31.5	8.0	15.8	4.7
1974	25 013	+11.6	16 554	-2.2	42.1	26.4	31.5	7.4	15.0	4.5
1975	21 509	-14.0	13 163	-20.5	47.3	26.0	26.7	6.3	12.7	3.6
1976	22 775	+5.9	13 770	+4.6	45.7	26.5	27.8	6.0	12.4	2.7
1977	27 836	+22.2	16 297	+18.4	46.6	25.5	27.9	6.9	13.4	3.1
1978	28 000	+0.6	15 810	-3.0	46.1	25.9	28.0	6.7	12.7	2.8
1979	28 000	± 0.0	15 152	-4.1	42.5	31.2	26.4			
Ø 1955/1962		+12.5		+10.2	47.1	21.3	31.5	8.4	21.1	
Ø 1962/1967		+2.2		-0.5	37.7	22.9	39.4	7.5	15.6	4.1
Ø 1967/1973		+13.1		+9.3	42.3	22.9	34.8	7.8	15.8	6.3
Ø 1973/1979		+3.8		-1.8	45.1	26.9	28.0	6.7 ³⁾	13.2 ³⁾	3.7

¹⁾ Ab 1973 Investitionen ohne Mehrwertsteuer einschließlich Investitionssteuer — ²⁾ Basissektor siehe Übersicht 13 — ³⁾ 1973 bis 1978

Übersicht 4

Höhe und Veränderung der Investitionen 1976 bis 1978¹⁾

	1976	1977 ²⁾	1978 ³⁾	1976	1977	1978
	Mill S	Mill S	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrie insgesamt	22 775	27 836	27 196	+5.9	+22.2	-2.3
Grundstoffindustrie	5 622	6 100	5 898	+17.9	+8.5	-3.3
Investitionsgüterindustrie	8 519	11 242	10 406	-5.5	+32.0	-7.4
Konsumgüterindustrie	8 634	10 494	10 892	+11.8	+21.6	+3.8
Bergwerke	603	732	651	-8.2	+21.5	-11.1
Eisenerzeugende Industrie	1 611	3 016	2 060	-39.4	+87.2	-31.7
Erdölindustrie	2 061	3 181	3 304	+13.6	+54.3	+3.9
Stein- u. keramische Industrie	1 253	2 001	2 065	+15.9	+59.7	+3.2
Glasindustrie	183	360	447	-30.4	+96.2	+24.3
Chemische Industrie	4 035	3 273	3 139	+22.0	-18.9	-4.1
Papierherzeugung	1 432	2 047	2 826	+32.2	+42.9	+36.1
Papierverarbeitung	330	281	242	+65.4	-14.7	-13.9
Holzverarbeitung	601	722	829	+2.5	+20.1	+14.9
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	2 153	2 738	2 667	-2.2	+27.2	-2.6
Lederherzeugung	14	23	17	-36.8	+67.4	-27.2
Lederverarbeitung	217	153	165	+61.3	-29.6	+7.9
Gießereiindustrie	306	426	272	-23.6	+39.5	-36.2
Metallindustrie	359	292	276	+38.1	-18.7	-5.3
Maschinen- Stahl- u. Eisenbau	2 059	2 163	2 012	+15.7	+5.0	-7.0
Fahrzeugindustrie	652	917	1 207	-21.3	+40.7	+31.6
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1 461	1 626	1 931	+9.7	+11.3	+18.8
Elektroindustrie	1 872	2 388	1 907	+14.0	+27.6	-20.1
Textilindustrie	1 237	1 093	877	+47.2	-11.6	-19.8
Bekleidungsindustrie	336	404	302	-19.4	+20.4	-25.3

¹⁾ Einschließlich Investitionssteuer ohne Mehrwertsteuer — ²⁾ Bis 1977 endgültige Werte — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

knüpft sind. Die Zerlegung erfolgt im Falle der erweiterten Geldbasis nach dem Kriterium der Herkunftsquelle, im Falle der Multiplikatoren nach der Geldform, in der Vermögensbesitzer ihre liquiden Aktiva halten.

Die Aufspaltung der erweiterten Geldbasis

Die Geldbasis, die Summe der monetären Verbindlichkeiten der Währungsbehörden gegenüber dem privaten Sektor, unterscheidet sich vom früher in der Multiplikatorformel verwendeten Zentralbankgeld in der gleichen Weise wie $M1'$ von $M1^7$): Die Nettverbindlichkeiten der Nationalbank gegenüber dem Bund (bzw. stellvertretend für sie die Position "sofort fällige Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten" aus der Notenbankbilanz) sowie die Gedenkmünzen aus Gold und Silber wurden aus dem Notenbankgeld herausgenommen.

Die Geldbasis wurde in der erweiterten Form verwendet. Diese erhält man aus der "einfachen" Geldbasis durch die Subtraktion eines Adjustierungspostens, der angibt, wie sich Änderungen der Mindestreservesätze auf das Angebot an Basisgeld auswirken. Die Mindestreservenpolitik der Notenbank beeinflusst folglich die Bewegungen der erweiterten Geldbasis, wogegen der Multiplikator gegenüber Mindestreservesatzvariationen unempfindlich wird und somit ausschließlich vom Verhalten des Kreditapparats und der privaten Nichtbanken abhängt⁸⁾.

Die erweiterte Geldbasis kann von ihrer Entstehungsseite in eine Inlands- und eine Auslandskomponente aufgespalten werden. Die Auslandskomponente umfaßt folgende Posten:

ZLEI Leistungsbilanzsaldo

ZKAKU Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs der Kreditunternehmungen⁹⁾

ZKAW Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten

ZKAÖFS Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs öffentlicher Stellen

ZSD Statistische Differenz

Zur Inlandskomponente zählen:

ZNV Notenbankverschuldung der Kreditunternehmungen

ZOM Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften abzüglich verkaufter Geldmarktschatzscheine und begebener Kassenscheine

ZBU Nettoforderung gegen den Bundesschatz (OeNB-Forderung gegen den Bundesschatz plus Scheidemünzen im Portefeuille der OeNB minus "Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten")

ZSO Sonstige Nettoforderungen

ZSM Scheidemünzenumlauf abzüglich des Umlaufs an Gold- und Silbermünzen

ZMRA Mindestreserveadjustierung

Die Aufspaltung des Multiplikators $m1'$

Unter Beachtung der Verwendungsformen der Geldmenge $M1'$ und der erweiterten Geldbasis läßt sich der Multiplikator $m1'$ durch eine Reihe tautologischer Umformungen als Funktion folgender Vermögenshaltungskoeffizienten darstellen:

k Bargeldkoeffizient (Verhältnis des um die Gedenkmünzen aus Gold und Silber bereinigten Bargelds zu den Sichteinlagen)

t Termineinlagenkoeffizient (Verhältnis von Termin- zu Sichteinlagen)

s Spareinlagenkoeffizient (Verhältnis der gesamten Spareinlagen abzüglich Bauspareinlagen zu den Sichteinlagen)¹⁰⁾

rma Bereinigter Mindestreservekoeffizient (Verhältnis von Mindestreserven abzüglich Mindestreserveadjustierung zu mindestreservepflichtigen Einlagen)¹¹⁾

rü Überschußreservenkoeffizient (Verhältnis von Überschußreserven zu mindestreservepflichtigen Einlagen)

⁷⁾ Vgl. dazu *H.Handler*: a.a.O., S 39ff.

⁸⁾ Es ist allerdings zu berücksichtigen daß die praktische Berechnung des Adjustierungspostens mit Hilfe eines durchschnittlichen Mindestreservesatzes erfolgt. Der Adjustierungsposten und damit die erweiterte Geldbasis reagiert daher nicht nur auf diskrete Änderungen der Mindestreservebestimmungen durch die OeNB, sondern auch auf Verschiebungen zwischen Einlagekategorien, für die unterschiedliche Mindestreserveschritten gelten. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß Strukturverschiebungseffekte nur unbedeutende Schwankungen der Mindestreserveadjustierung auslösen. Siehe dazu *H.Handler*: a.a.O., S.42ff und die dort angegebene Literatur

⁹⁾ Einschließlich der langfristigen Transaktionen der Oesterreichischen Nationalbank.

¹⁰⁾ Bauspareinlagen gelten als zweckgebundene Einlagen und sind aus diesem Grund nicht mindestreservepflichtig. Das Wachstum der Bauspareinlagen hat daher keinen Einfluß auf die Geldbasisexpansion und wird, da die Bauspareinlagen nicht in $M1'$ und $M3'$ enthalten sind, vom vorliegenden Konzept nicht erfaßt.

¹¹⁾ Schwankungen dieses Koeffizienten sind infolge der Komplexität des Bereinigungsverfahrens und der Verwendung eines durchschnittlichen Mindestreservesatzes ökonomisch nicht eindeutig interpretierbar. Dieser Mangel fällt jedoch nicht ins Gewicht, da die empirischen Ergebnisse zeigen, daß Veränderungen von *rma* nur einen geringen Betrag zu den Geldmengenschwankungen leisten und somit der Zweck der Bereinigung erfüllt ist

lungen und über die Reaktionen von Unternehmungen und Konsumenten, die später dargelegt werden, erscheint für 1979 ein reales Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts von 5% und für 1980 von 3% erreichbar. Diese jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten bedeuten, daß sich das Wachstum ab dem Winter 1979/80 deutlich verlangsamen wird. Die Konjunkturabflachung wird nach Sektoren unterschiedlich stark sein. Vor allem könnte sie die Grundstoff- und Vorproduktproduzenten treffen, die heuer zum ersten Mal seit längerem eine befriedigende Konjunktur verzeichneten. Auch die Nachfrage nach Konsumgütern wird sich abschwächen. Die Baukonjunktur wird von der überwiegend restriktiven Wirkung der öffentlichen Haushalte und der schwachen Wohnbautätigkeit beeinträchtigt sein. Relativ gut sind die Aussichten für die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern.

Die österreichische Wirtschaft konnte 1979 die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele besser als erwartet erreichen. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden inländischen Arbeitskräfte konnten beschäftigt werden, dennoch erzielte die Wirtschaft heuer erstmals seit 1976 wieder kräftige Produktivitätszuwächse. Die Arbeitskostensteigerungen waren in der Industrie kaum höher als die Produktivitätsverbesserungen. Im internationalen Vergleich ergab sich dadurch — bei annähernd konstantem effektivem Wechselkurs im Jahresdurchschnitt — eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Handelsbilanz hat sich dank eines ausgeprägten Exportbooms und trotz der kräftig gestiegenen Ausgaben für Energie und Fahrzeuge nur mäßig verschlechtert. Die erweiterte Leistungsbilanz wird 1979 ein Passivum von rund 11 Mrd. S aufweisen. Die Verteuerung der Energie und einiger anderer Rohstoffe stellt allerdings eine Gefahr für die in den letzten Jahren erreichte Stabilisierung des Preisniveaus dar. Der Inflationsbekämpfung sowie der Sanierung des Bundeshaushalts ist gegenwärtig das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik zugewendet.

Die Konjunkturvorschau für 1980 geht von folgenden wirtschaftspolitischen Annahmen aus:

1979	1980	
	in %	
Reales BIP-Wachstum		
USA	1½	1–1½
Bundesrepublik Deutschland	4½	3
OECD-Europa	3¾	2½–3
OECD	3	2½
Wachstum des Welthandelsvolumens		
Industriegüter	7	5½

Die Lohnabschlüsse des Jahres 1979 werden überwiegend noch bis zum Sommer 1980, vereinzelt — etwa die der öffentlich Bediensteten — sogar bis Ende 1980 in Kraft sein. Sie bewirken höchstens bescheidene Kostenauftriebskräfte. Der Anpassungsfaktor für die Pensionen wird rund +5,5% betragen. Die Zunahme der realen Masseneinkommen wird zumindest in der ersten Hälfte 1980 sehr mäßig sein. Dazu trägt auch bei, daß die Progression der Einkommensteuer voll wirksam wird und daß voraussichtlich die Sozialbeiträge (Hinaufsetzen der Höchstbemesungsgrundlage und der Sätze) nicht unerheblich erhöht werden. Von der Eindämmung des Preisauftriebs im Frühjahr und von der weiteren konjunkturellen Entwicklung wird natürlich auch das Ausmaß der nächsten Lohnrunde abhängen, deren Schwerpunkt im Sommer 1980 liegen wird und deren Abschlüsse überwiegend im Herbst des kommenden Jahres wirksam werden. Wir nehmen an, daß diese Abschlüsse die im industriellen Sektor bereits in Ansätzen sichtbare positive Lohndrift berücksichtigen werden. Sollte sich die Konjunkturlage nicht unerwartet verschlechtern, ist zu erwarten, daß die Lohnsätze in der nächsten Runde etwas stärker angehoben werden könnten als heuer. Dies würde sich in der durchschnittlichen Lohnsteigerung des Jahres 1980 nur zum kleineren Teil, zum größeren jedoch erst 1981 niederschlagen.

Währungspolitik und Einkommenspolitik standen seit etwa einem Jahr besser miteinander in Einklang als in den Jahren davor. Ein kleiner Teil der in den Jahren 1973 bis 1977 eingetretenen Verschlechterung der relativen Kostenposition österreichischer Produkte konnte dadurch wieder rückgängig gemacht werden. Einige Hilfe bot dabei die relative Stabilität der Wechselkurse im Europäischen Wechselkurssystem trotz auffällig unterschiedlicher Kosten- und Preisentwicklung in wichtigen Partnerländern. Nach der jüngsten, recht bescheidenen Anpassung der Kurse einiger westeuropäischer Währungen (am 24. September 1979) könnte wieder einige Zeit Ruhe eintreten. In dieser Zeit könnte die relative Stabilität der Preise und Kosten in den Hartwährungsländern wieder einen realen Abwertungseffekt und damit eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit bewirken.

Im Jahre 1979 zeigt sich, daß trotz ausgezeichneter Exportergebnisse integrationsbedingte Marktanteils-gewinne schon schwerer zu erzielen sind als in den beiden vorangegangenen Jahren. Wir nehmen auch für 1980 nur mehr mäßige Marktanteils-gewinne im EG-Raum an. Die Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern dürfte weiterhin ziemlich schwach wachsen. Eine Beschleunigung ist für die Exporte in die OPEC-Länder zu erwarten, in denen Österreich in den letzten Jahren Marktanteile verloren hat. Diese regional unterschiedlichen Entwicklungstendenzen lassen erwarten, daß unsere ausländischen Märkte im

tik ohne neuerliche Belastung der Leistungsbilanz läßt sich daher nur durchführen, wenn die Inflation im Inland relativ zum Ausland gering gehalten und damit die durch die Wechselkursentwicklung bewirkte Verteuerung der Exporte ausgeglichen werden kann.

Die Fortsetzung der bis ins I. Quartal 1979 verfolgten Zinssenkungspolitik scheiterte, zum Teil infolge der steigenden Zinstendenz im Ausland, an den entgegengesetzt gerichteten Erwartungen der Anleger. Dies führte im 1. Halbjahr zu Spannungen auf dem Kapitalmarkt sowie zu umfangreichen Kapitalabflüssen ins Ausland. Die Währungsbehörden standen daher vor der Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, ohne auf einen restriktiven, die Investitionsnachfrage dämpfenden Kurs überzugehen. Aus diesem Grund wurde im Juni bei der Zinsanpassung auf dem Kapitalmarkt auf die gleichzeitig erwogene Erhöhung der Notenbankzinssätze verzichtet. Daraufhin beruhigte sich zwar im Sommer die Lage auf dem Kapitalmarkt, der Kapitalverkehr mit dem Ausland blieb jedoch passiv, so daß Mitte September schließlich doch der Diskont- und Lombardsatz vorsichtig angehoben wurde. Dabei wurde eine für Österreich neuartige Konstruktion gewählt: 70% des von der Notenbank dem Kreditapparat eingeräumten Refinanzierungsrahmens können weiterhin zu den bisherigen Konditionen — also zu einem Diskontsatz von 3,75% und einem Lombardsatz von 4,25% — in Anspruch genommen werden; für die übrigen 30% jedoch erhöhen sich die Refinanzierungssätze um zwei Prozentpunkte. Mit dieser Regelung versucht man, einen leichten, nach oben gerichteten Druck auf die Geldmarktsätze auszuüben, und will gleichzeitig eine Verteuerung der Direktkredite vermeiden, wie sie durch eine allgemeine Erhöhung des Diskontsatzes bewirkt worden wäre.

Realer Wechselkursindex des Schilling trotz Kursanpassung seit Jahresbeginn gesunken

Nach der Erholungsphase des US-Dollar seit Dezember vorigen Jahres setzte im Juni auf den internationalen Devisenmärkten ein neuerlicher Kursverfall ein. Das war teilweise Folge der unsicheren US-amerikanischen Wirtschaftslage und des steigenden europäischen Zinsniveaus. Ausgelöst durch eine stark restriktive Geldpolitik wurden daraufhin Ende August die amerikanischen Geldmarktzinsen weiter angehoben. Im Europäischen Währungssystem nahm die Deutsche Mark ab Mai eine Position der relativen Stärke ein und erreichte gegenüber der dänischen Krone und dem belgischen Franc die oberen Interventionspunkte. Dies gab zu der Vermutung Anlaß, daß es schon im Herbst zu einer ersten Änderung der bilateralen Leitkurse innerhalb des EWS kommen werde. Gegenteilige Äußerungen der betroffenen No-

tenbanken konnten spekulative Kapitalbewegungen abwenden und brachten zusammen mit Interventionen im Sommer vorübergehend eine leichte Entspannung. Da aber weder die Deutsche Bundesbank von ihrem restriktiven monetären Kurs abgeht, noch sich der Preisauftrieb in den übrigen EWS-Staaten verlangsamt, wurden schließlich am 24. September doch die Paritäten geändert: Die DM wurde um 2% aufgewertet und die dänische Krone um 3% abgewertet. Der Kurs des Schweizer Franken scheint nach den heftigen Schwankungen im Vorjahr wieder zu seinem auch von den Währungsbehörden akzeptierten "Gleichgewichtswert" zurückgekehrt zu sein, da sich die sfr/DM-Relation seit Jahresanfang praktisch nicht mehr verändert hat.

Die mäßige Verringerung des effektiven Außenwerts des Schilling in den ersten fünf Monaten 1979 wurde im Sommer wieder rückgängig gemacht, als auf Grund von Saisoneinflüssen und Wechselkursdiskussionen der Devisenzustrom bis Ende August zunahm. Die Werterhöhung des Schilling Anfang September um 1,5% entspricht daher einem Anstieg des nominalen Wechselkursindex seit Jahresbeginn im gleichen Ausmaß. Der reale effektive Schillingkurs hingegen dürfte auch nach Stärkung des Schilling noch um mehr als 1% unter seinem Wert von Ende 1978 liegen.

Passivum der Leistungsbilanz nur wenig größer als im Vorjahr

Als 1978 die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits einsetzte, stützte sie sich zunächst auf eine Dämpfung der Importnachfrage. Ausschlaggebend dafür waren die 1977 beschlossenen fiskalischen und monetären Restriktionsmaßnahmen und die damit ver-

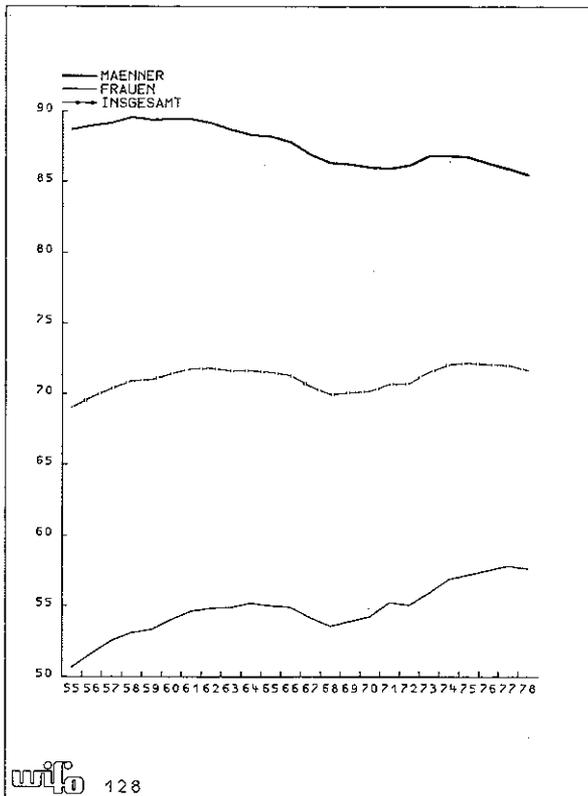
Zahlungsbilanz¹⁾

	1977	Jänner bis Juli 1978 Mill. S	1979
Handelsbilanz ²⁾	-37 866	-29 570	-32 543
Reiseverkehr	+17 836	+20 277	+20 863
Kapitalerträge	-3 144	-3 967	-3 959
Sonstige Dienstleistungen	+1 409	+3 386	+3 300
Bilanz der Transferleistungen	-88	+737	+1 280
Bilanz der laufenden Transaktionen	-21 852	-9 137	-11 069
Statistische Differenz	+12 280	+9 771	+9 605
Erweiterte Leistungsbilanz ³⁾	-9 572	+634	-1 464
Langfristiger Kapitalverkehr	+4 643	+14 303	-7 000
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapitalverkehr	-615	-1 499	+364
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmen	-2 692	-4 466	-8 654
Reserveschöpfung ⁴⁾	-332	+645	+611
Veränderung der Währungsreserven der Oesterr. Nationalbank	-8 568	+9 617	-16 144

¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitgeschäfte und Adjustierungen — ³⁾ Laut Interpretation der Oesterreichischen Nationalbank ist der überwiegende Teil der statistischen Differenz der Leistungsbilanz zuzuordnen — ⁴⁾ Sonderziehungsrechte, Bewertungsänderungen, Monetisierung von Gold

Abbildung 1

Erwerbsbeteiligung in Österreich von 1955 bis 1978¹⁾



¹⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Geschlecht eingegangen werden; auch etwaige Auswirkungen auf die mittelfristige Arbeitsmarktprognose werden untersucht. Dabei muß auf die schlechte Vergleichbarkeit der internationalen Daten aufmerksam gemacht werden. Insbesondere Niveauvergleiche der Erwerbsquoten sind nur bedingt möglich, da gewisse institutionelle Faktoren, wie z. B. das duale Ausbildungssystem in Österreich und in der BRD (Lehrlinge werden als Beschäftigte geführt), unterschiedliche Niveaus bewirken. Eine Bereinigung um solche Effekte würde den Rahmen dieser Studie sprengen. Jedoch können auch ohne sie auf Grund der langfristigen Entwicklungen in den einzelnen Ländern allgemeingültige Aussagen gemacht werden. In den sechziger Jahren wurde der Theorie der Erwerbsbeteiligung in der Literatur viel Beachtung geschenkt. Dabei nahm die Diskussion um die Reaktion der Erwerbsbeteiligung auf konjunkturelle Schwankungen einen besonders großen Raum ein. So stellten etwa Tella, Dernburg und Strand, Bowen und Finegan⁶⁾, um nur einige zu nennen, die Hypothese auf,

⁶⁾ A. Tella: Labor Force Sensitivity to Employment by Age and Sex, Industrial Relations, February 1965; T. Dernburg — K. Strand: Cyclical Variation in Labor Force Participation, Review of Economics and Statistics, November 1964; W. G. Bowen — T. A. Finegan: The Economics of Labor Force Participation, Princeton, New Jersey 1969

daß in Zeiten einer konjunkturellen Abschwächung die Erwerbsbeteiligung (insbesondere der Sekundärarbeiter⁷⁾ sinkt, da Arbeitskräfte auf Grund der verringerten Arbeitsmarktchancen ihren Eintritt in die Erwerbstätigkeit aufschieben oder bei Arbeitslosigkeit die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben (Entmutigungseffekt). Daher unterschätzt die registrierte Arbeitslosigkeit in der Rezession die tatsächliche Arbeitslosigkeit. In einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs strömen die "entmutigten" Arbeitslosen wieder auf den Arbeitsmarkt und bremsen damit den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit.

Im Gegensatz dazu steht die Hypothese des Zusatzarbeitereffekts, die besagt, daß die Erwerbsbeteiligung (insbesondere der Sekundärarbeiter) in Rezessionen zunimmt, um den Einkommensentgang der Familie im Falle von Arbeitslosigkeit des Hauptverdieners zu minimieren⁸⁾.

Die Erfahrung zeigt, daß in Rezessionen beide Effekte auftreten können, wobei nach Tella in den USA in ärmeren Bevölkerungsschichten der Zusatzarbeitereffekt dominiert und in wohlhabenderen Kreisen der Entmutigungseffekt. Gesamtwirtschaftlich gesehen dominierte jedoch in den fünfziger und sechziger Jahren der Entmutigungseffekt. In den siebziger Jahren verlor der Entmutigungseffekt an Intensität, vor allem als Folge der Änderung des langfristigen Erwerbsverhaltens der Frau.

Die Erwerbstätigkeit der Frau entwickelt sich zunehmend von einer zweckgebundenen Übergangstätigkeit (mit der Zielsetzung eines gelegentlichen Zusatzverdienstes) zu einer — jener der Männer vergleichbaren — berufsorientierten Dauertätigkeit (auch wenn es sich nur um Teilzeitarbeit handelt).

In den fünfziger und sechziger Jahren charakterisierte die Dreiphasentheorie von Myrdal und Klein⁹⁾ das Erwerbsverhalten der Frau im Laufe ihres Lebens relativ gut. Demnach hatte die Frau etwa bis zum 25. Lebensjahr die höchste Erwerbsquote (erste Phase); sie zog sich dann aus dem Erwerbsleben zurück, um sich der Familie und Kindern zu widmen (zweite Phase); etwa ab dem 40. Lebensjahr trat sie wieder in den Arbeitsmarkt ein (dritte Phase). Dementsprechend stieg in den fünfziger und frühen sechziger Jahren auf Grund des vermehrten Wiedereintritts ins Erwerbsleben vor allem die Erwerbsbeteiligung älterer Frauen (über 40 Jahren). Im Laufe der sechziger Jahre verlor das Wachstum der Erwerbsquoten älterer Frauen an Dynamik; dies wurde durch

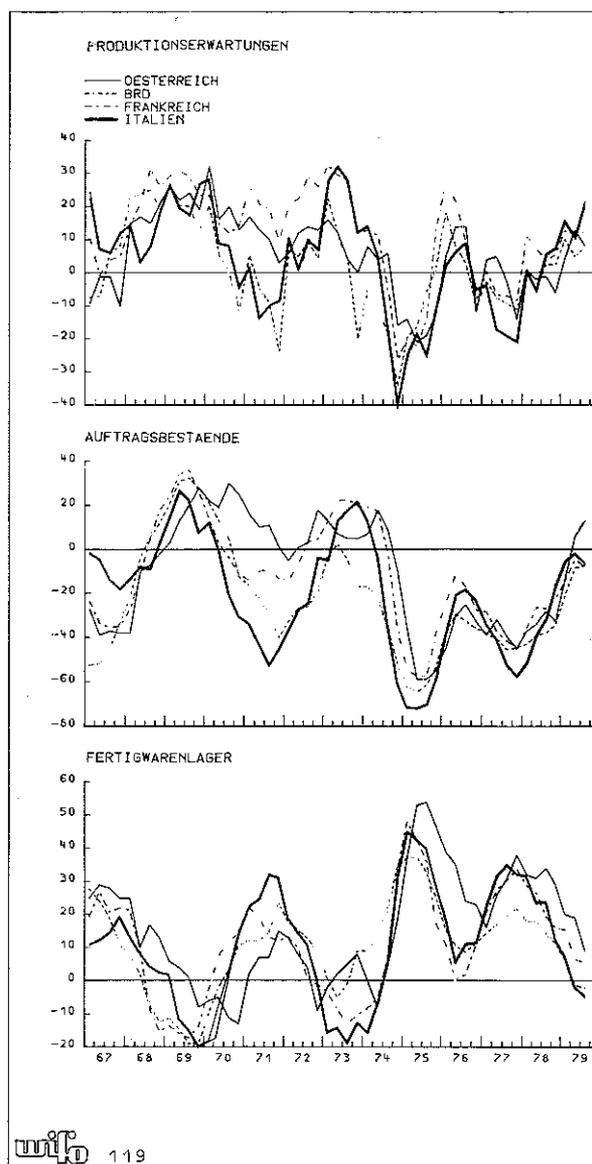
⁷⁾ Unter Sekundärarbeitern versteht man in der Literatur verheiratete Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitskräfte, die eine relativ geringe Bindung zum Arbeitsmarkt haben, da ihre Hauptinteressen nicht im Beruf, sondern in Familie, Schule oder Freizeitmaximierung liegen.

⁸⁾ W. S. Woytinski: Additional Workers and the Volume of Unemployment, Social Science Research Council, Pamphlet Series 1, USA, 1940

⁹⁾ A. Myrdal — V. Klein: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf, Köln, Kiepenheuer 1956

Abbildung 1

Konjunkturtest der Industrie¹⁾



Q: EG-Kommission: Schaubilder und Kurzkommentare zur Konjunktur in der Gemeinschaft; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. — ¹⁾ Salden zwischen den optimistischen (+) und pessimistischen (-) Unternehmerantworten

auf das Wirtschaftswachstum, die Inflation und die Zahlungsbilanzen ansetzen soll. Es gibt verblüffende Ähnlichkeiten, aber auch deutliche Unterschiede zur Ausgangslage von 1974. 1973 gab es ein hohes Maß an konjunkturellem Gleichlauf. Fast alle OECD-Länder waren am Ende einer langen Hochkonjunktur angelangt. Man versuchte bereits geldpolitisch, die inflationär überhitzte Konjunktur zu drosseln. 1974 war als Konjunkturabschwung vorprogrammiert. Dieser erwartete Abschwung blieb jedoch größtenteils aus, weil die Erdölpreiskrise, die mit einer allgemeinen Rohwarenhause zusammenfiel, im 1. Halbjahr 1974 zu einem spekulativen Lager- und damit Welthandelsboom führte, der aber plötzlich abriß und in die schwerste Nachkriegsrezession mündete. Auch seit Ende 1978 ist ein spekulativer Lagerboom ein Hauptfaktor des internationalen Konjunkturaufschwungs. Und zum zweiten Mal greift die OPEC durch eine kräftige Anhebung der Erdölpreise in den Verlauf der internationalen Konjunktur ein. Im Gegensatz zu 1974/75 fällt aber die zweite Erdölpreiskrise in die Phase eines international (mit Ausnahme der USA) beginnenden selbsttragenden Aufschwungs. Auch dürfte — soweit bisher bekannt ist — der Preisdruck viel geringer sein. Heuer wurde der Erdölpreis um rund 60% erhöht, Ende 1973 um das Drei- bis Vierfache. Der deflationäre Effekt durch den Einkommensausfall in den Industriestaaten dürfte nur etwa halb so groß sein wie damals. Für 1979 rechnet die OECD auf Grund der Verteuerung von Erdöl mit einem negativen Effekt auf das BNP-Wachstum von fast 1 Prozentpunkt, für 1980 von etwa 2 Prozentpunkten, der direkte Preiseffekt dürfte etwa 1½ bis 2 Prozentpunkte betragen. Auf Grund der unterschiedlichen konjunkturellen Ausgangssituation, des geringeren Erdölpreisanstieges und der Hoffnung auf einen "Lerneffekt" auf Seiten der wirtschaftspolitischen Stellen wird für 1980 nicht mit einer Rezession im Ausmaß jener von 1974/75 gerechnet. Allerdings gehen diese Überlegungen von der Annahme aus, daß sich 1980 das Angebot an Erdöl nicht verknappt und keine weiteren Preissprünge folgen. Völlig ungewiß ist auch, wie stark die Erwartungen und das Vertrauen von Konsumenten und Investoren durch die Inflation und Unsicherheiten über die Erdölversorgung erschüttert werden. Gegenwärtig sind die Unternehmererwartungen laut Konjunkturtest der EG noch relativ günstig (siehe Abbildung 1). Die Kapazitätsauslastung und damit die Gewinnsituation hat sich heuer ständig gebessert. Die dadurch induzierte Investitionsneigung wird sich jedoch angesichts der restriktiveren Geldpolitik (höhere Zinsen) abschwächen. 1974/75 führten die Beschleunigung der Inflation und die Arbeitsplatzunsicherheit in vielen Ländern zu einem plötzlichen Anstieg der Sparquoten und somit zu einer Schwächung des privaten Konsums. 1980 dürfte für die Spar- und Konsumneigung

nicht zuletzt entscheidend sein, wie viel von der durch die erdölpreisbedingte Verschlechterung der terms of trade ausgelösten Zunahme der Inflation in den Löhnen abgegolten wird. Dies wird auch darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß sich die Lohn-Preis-Spirale neuerlich dreht.

Mit Vorbehalt dieser Risiken und Unsicherheiten wird für 1980 (außer für die USA) keine Rezession prognostiziert, sondern nur eine allgemeine Abschwächung des Wachstums. Diese Meinung wurde sowohl auf der Herbsttagung der Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) Ende Oktober vertreten als auch auf der Tagung der Arbeitsgruppe